

Hubert M. Spoerri

Essay zur Neugestaltung der Gesellschaft (2008)

Einleitung

Die gegenwärtige Situation Deutschlands, Europas und der ganzen westlichen Welt wird zu immer größeren sozialen, ökologischen und politischen Katastrophen führen, wenn die politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen nicht entscheidende Änderungen im gesellschaftlichen Gefüge herbeiführen, Änderungen, welche das menschenfeindliche System des derzeit herrschenden Kapitalismus entmachten und dadurch als Fundament für alles Weitere eine noch nie dagewesene soziale Zufriedenheit ermöglichen. Die folgenden Vorschläge sind skizzenhaft und sollen nur die einzuschlagende Richtung verdeutlichen. Dabei werden die meines Erachtens wichtigsten Strukturfehler der gegenwärtigen Gesellschaft angesprochen, und zwar immer auf der Grundlage der Menschenrechte und der Demokratie.

Der Mangel der herkömmlichen Demokratie

Als die moderne Demokratie im achtzehnten Jahrhundert entstand, hatte die mit der Erfindung der Dampfmaschine einsetzende Technisch-Industrielle Revolution mit ihrer bis auf den heutigen Tag alles umwälzenden Entwicklung noch nicht die Gesellschaft ergriffen. Erst durch diese Entwicklung und durch die mit ihr verbundene Veränderung der Geldwirtschaft konnte der Kapitalismus (Geldherrschaft) zur weltbeherrschenden Macht aufrücken, denn der Sozialismus in seinen Varianten von Marx über Lenin bis zur Sozialdemokratie verfügte über keine Konzepte, durch welche der Kapitalismus von der Wurzel her erfolgreich hätte überwunden werden können, und zwar ohne die Menschenrechte und die Demokratie anzutasten.

So konnte die im 18. Jahrhundert in den USA und in Frankreich begründete moderne Demokratie gegen die gesellschaftlichen Folgen der Technisch-Industriellen Revolution nicht gewappnet sein, weil letztere noch gar nicht eingetreten waren. Die grundlegenden politischen Ideen des 18. Jahrhunderts sind die aus dem Naturrecht abgeleiteten Menschenrechte, die Volkssouveränität, die Rechtsgleichheit aller mündigen Bürger (zu der erst später die Gleichstellung der Frau mit dem Manne hinzukam) sowie die Gewaltenteilung.

Die Gewaltenteilung, welche den demokratischen Staat in die relativ selbständigen Bereiche der Gesetzgebung (Legislative), der Regierung (Exekutive) und der Rechtsprechung (Jurisdiktion) aufgliedert, wurde zur Verhinderung der absolutistischen Vereinigung aller Gewalt in *einer* Hand,

also gegen den damals noch politisch herrschenden Absolutismus entworfen und ist als solche eine großartige, nach wie vor unüberholbare Einrichtung. Die herkömmliche Gewaltenteilung gibt aber aus den vorangehend genannten Gründen *keine* Antwort auf den Umgang des Staates mit der kapitalistischen Wirtschaft und mit dem Geld.

Deshalb ist es längst an der Zeit, die klassische Gewaltenteilung durch eine zusätzliche *vierte*, wiederum relativ selbständige *Gewalt* zu ergänzen, nämlich durch die institutionalisierte uneingeschränkte Hoheit des Staates über das Geld. Diese vierte Gewalt im Staat muss Verfassungsrang bekommen, was nur schon deshalb unabdingbar ist, weil das *Geld* seinem Wesen nach gar keine wirtschaftliche, sondern eine rechtliche Einrichtung ist. Geld ist ein *Rechtsanspruch* auf wirtschaftliche Leistungen und selbst *keine* wirtschaftliche Leistung. Geld kann demnach gar nicht durch die wirtschaftliche Tätigkeit als solche entstehen, sondern ist lediglich eine geniale Erfindung zur Herstellung von Tauschgerechtigkeit in einer hocharbeitsteiligen Gesellschaft. Deshalb muss das Recht auf Geldschöpfung eine rein staatliche Angelegenheit sein, verbunden mit Regeln, die einen Missbrauch dieser Hoheit verhindern.

Geldschöpfung

Angesichts der riesigen Staatsverschuldung auch Deutschlands und der Art, wie mit dem Geld umgegangen wird, ist es vorab unerlässlich, die Macht über das Geldwesen den kapitalistischen Hintergrundkreisen zu entreißen und neu zu organisieren. Der Staat muss das Geldwesen in die Hand nehmen und nach klaren, jedermann einsichtigen Kriterien verwalten. Damit wird die *Zentralbank als vierte Gewalt im Staat* eine der wichtigsten staatlichen Institutionen, denn sie ist allein für die Geldschöpfung und Geldvernichtung zuständig, und zwar in Zusammenarbeit mit den staatlichen Aufgaben von der Gemeinde bis zum Bund.

Das *Kriterium der Geldschöpfung* ist der *Investitionsbedarf der Gemeinden, Kreise, Bundesländer und des Bundes*. Alle Investitionen – nicht die laufenden Kosten! – der öffentlichen Hand werden vollständig durch freie Geldschöpfung der Zentralbank finanziert. Und solange noch eine Staatsverschuldung besteht, wird derselbe Betrag, der zur Finanzierung der Investitionen benötigt wird, zusätzlich zur Abzahlung von Staatsschulden zur Verfügung gestellt. Und es ist gesetzlich zu verbieten, dass die öffentliche Hand Schulden macht. – Zugleich wird den Banken das Geldschöpfungsrecht vollständig entzogen. Die Banken dürfen nur noch Geschäfte mit Einlagen der Sparer machen, die sie wie üblich an Kreditbedürftige vergeben können. – Durch dieses System kommt eine gewaltige Geldmenge in Umlauf, die aber, weil sie an Arbeit schaffende Investitionen gebunden ist, keine Inflation erzeugt. Die berechtigten Investitionsbedürfnisse der öffentlichen Hand, in deren Eigentum sämtliche allgemein zugänglichen Verkehrs- (Straßen-, Schienen, Was-

ser- und Luftverkehr), Versorgungs- (Wasser, Abwasser, Gas, Strom) und Kommunikationsnetze sein müssen, werden einen großen wirtschaftlichen Aufschwung herbeiführen und die Arbeitslosigkeit verschwinden lassen, denn der Staat als Besitzer der Verkehrs-, Versorgungs- und Kommunikationsnetze, aber auch der öffentlichen Schulen, der bürokratischen, polizeilichen und militärischen Einrichtungen, kann die *Bewirtschaftung* dieser Besitztümer *an private Unternehmen übertragen* und vergibt auch die Aufträge für seine Investitionen an nichtstaatliche Wirtschaftsunternehmen.

Die *Börse* in ihrer bisherigen Form wird geschlossen. Dieses niederträchtige Machtinstrument des Raubtierkapitalismus hat keine Existenzberechtigung und wird durch eine der Zentralbank angegliederte Börse ersetzt, deren einzige Aufgabe es ist, den Wirtschaftsunternehmen Kreditgeber zu vermitteln, ohne mehr als Bearbeitungsgebühren dafür zu verlangen. – Der Handel mit Geld (in verschiedener Form) als einziges Geschäft der Börse ist ein Verbrechen – weil Geld ja gar kein Wirtschafts-, sondern ein Rechtsgut ist – und muss verboten werden, ebenso der Handel mit Geld unter den Banken. Nur wegen dieses Handels konnte ein Kreditturm entstehen, der auf jedem wirtschaftlich real erarbeiteten Ein-Euro-Geldstück eine Kreditblase von mehr als hundert Euros aufgetürmt hat. Das ist eine vampiristische Perversion der Tauschgerechtigkeit, die früher oder später, wie die weltweite Finanzkrise zeigt, platzen muss und die sich nur mit Hilfe der ebenso perversen Wachstumsideologie bisher überhaupt am Leben erhalten konnte, weil die Vampire vom Absaugen der Wachstumserträge leben. – Das Verhältnis der verschiedenen *Währungen* zueinander darf unter keinen Umständen mehr der Spekulation überlassen werden. Jeder ernstzunehmende Staat verfügt über ein statistisches Amt, welches die Kaufkraft der eigenen Währung ermitteln kann. Folglich muss die durch die Statistik ermittelte reale Kaufkraft einer Währung das einzige Kriterium beim Eintausch gegen eine andere Währung sein. Die damit verbundenen technischen Probleme sind im Computerzeitalter spielend zu lösen.

Das *Kriterium der Geldvernichtung* ist die Kaufkraft des Geldes, die sich ja durch Inflation oder Deflation verändern kann. Das statistische Bundesamt hat die laufenden Daten über die Kaufkraft an die Zentralbank zu liefern, und aufgrund dieser Daten wird sofort erkannt, ob im Währungsgebiet eine Tendenz in die eine oder andere Richtung besteht. Bei Deflationsgefahr – was unwahrscheinlich ist – hat die Zentralbank die Befugnis, die Geldmenge zu erhöhen. Bei Inflationsgefahr werden Steuergelder des Staates dem Kreislauf entzogen und vernichtet. Damit dies jederzeit möglich ist, werden sämtliche Steuern über die Zentralbank geleitet, die dann von Woche zu Woche entscheidet, wie viel sie an den Staat weitergibt und wieviel sie möglicherweise zurückhält und vernichtet, selbstverständlich proportional und ohne in die Steuerstrukturen einzugreifen.

Zusätzlich ist sicherzustellen, dass das umlaufende Geld in Form von Scheinen und Münzen schrittweise seinen Wert verliert, damit es nicht gehortet werden kann. Zu diesem Zweck sind Scheine und Münzen mit dem Ausgabedatum (Jahr und Monat) zu versehen, und es ist von der Zentralbank ein Schwundsatz festzulegen, zum Beispiel 1% pro Quartal (4% pro Jahr). Wenn wir beim Einkaufen in Bar bezahlen, ist der Schwundsatz abzuziehen. Das kann zum Beispiel an der Kasse elektronisch automatisch eingelesen und berechnet werden. – Auf dieselbe Art werden alle Bankguthaben (Girokonten), die nicht als Kredite vergeben sind, vom Schwund erfasst und schrittweise heruntergerechnet. Die wohltuende Folge davon ist, dass Kreditvergabe die einzige Möglichkeit bietet, den Wert des Geldes zu erhalten, denn Kredite müssen zu 100 % zurückbezahlt werden, und die Verwaltungsgebühren im Zusammenhang mit Kreditnahme müssen vom Kreditnehmer beglichen werden.

Auf diese Weise wird das seinerzeitige Anliegen von Silvio Gesell verwirklicht, wenn auch mit einer viel besseren und sichereren technischen Durchführung, als sie Gesell vorgeschlagen hat.

Durch diese Geldschöpfungspolitik verschwinden die Leitzinsen (Diskontsatz, Lombardsatz) der Zentralbank, weil ja die Banken von der Geldschöpfung ausgeschlossen sind und der Staat für das erhaltene Geld nichts bezahlen muss. Die Macht der Banken und der kapitalistischen Hintergrundkreise ist damit gebrochen, ebenso der Zinsdruck, der auf dem Kreditwesen lastet, denn angesichts der Schuldenfreiheit des Staates wird das Sparangebot gewaltig steigen, was die Zinsen gegen Null drücken wird. Doch genügen die bisher genannten Maßnahmen noch nicht, denn auch im Wirtschaftsrecht muss es grundlegende Veränderungen geben.

Es versteht sich von selbst, dass bei diesem System die Steuerlast der Bürger und Bürgerinnen ebenso wie der Wirtschaftsbetriebe erheblich sinkt.

Wirtschaftsrecht

Die Aktiengesellschaften und die *Aktie* als Wertpapier werden radikal abgeschafft, und alle Aktien werden in *Obligationen* mit bestimmter Laufzeit und bestimmtem Zins umgewandelt. Die Aktie ist eines der schlimmsten Herrschafts- und Ausbeutungsinstrumente des Kapitalismus und beruht auf dem Unrecht, welches den Kredit an ein Unternehmen zum Eigentum an demselben erklärt. Dadurch können die Kapitalisten als Aktienbesitzer ganze Wirtschaftsimperien zusammenkaufen und beherrschen, ohne in ihnen beruflich tätig zu sein. Das ist offene Wirtschaftssklaverei. Nehmen wir an, ein Unternehmen beschäftige zehntausend Arbeitnehmer. Diese können so tüchtig und zuverlässig arbeiten, wie sie wollen, sie haben nie die Chance, „ihren“ Betrieb zu besitzen und damit über ihn zu bestimmen.

An die Stelle der Aktiengesellschaft samt Anverwandten tritt obligatorisch für alle Betriebe,

die mehr als fünfzig Angestellte beschäftigen, die Rechtsform der *Gesellschaft von öffentlichem Interesse*. Solche Unternehmen befinden sich ausschließlich im gemeinschaftlichen, nicht aufsplittbaren Besitz der in ihr arbeitenden angestellten Mitarbeiter in ihrer Gesamtheit gemäß den gesetzlichen Richtlinien. Sie sind also, wie es auch heute schon bei Vereinen der Fall ist, nicht im herkömmlichen Sinne Privatbesitz, wo Einzelne über sie verfügen und ihren Anteil verkaufen könnten. Sie dürfen nur Gehälter an die angestellten Mitarbeiter auszahlen und sonst keinerlei Gewinne ausschütten, und sie sind unabhängig, weil sie sich selbst verwalten. Die Geschäftsführung obliegt dem *Vorstand*, der – selbst im Angestelltenstatus – auch die leitenden Angestellten beruft; die übrigen Einstellungen laufen über die Personaldirektion. Über die soziale Ausgewogenheit wacht der *Betriebsrat*, der von der ganzen Belegschaft gewählt wird. Die *Gehaltsordnung* muss sowohl vom Vorstand als auch vom Betriebsrat genehmigt werden, damit in der Hierarchie der Gehälter, die auch der Hierarchie der Qualifikationen entspricht, keine zu großen Unterschiede entstehen. – Der *Aufsichtsrat* als drittes Gremium hat in unlösbaren Konfliktfällen zwischen Vorstand und Betriebsrat zu vermitteln und ist zugleich das Gremium, welches den Betrieb permanent durch Supervision zu begleiten und zu evaluieren hat. Der Aufsichtsrat besteht nicht aus angestellten Mitarbeitern, sondern aus Freiberuflern, welche auf Honorarbasis arbeiten und vom Vorstand und vom Betriebsrat gemeinsam bestellt werden.

Auf diese Weise ist jeder Betrieb autonom und für seine Erfolge wie auch Misserfolge selbst verantwortlich. Er wird sich in der Konkurrenz des Marktes behaupten müssen, wodurch die Gehaltswünsche automatisch in die Schranken gewiesen werden, und er darf Interessenvernetzungen mit anderen Betrieben eingehen. Bei Insolvenz eines Betriebes übernimmt die Zentralbank vorübergehend die Verwaltung desselben. Im Falle der Auflösung eines Betriebes geht sein Besitz an den Staat. Eine Kartellbehörde wird es nicht mehr geben, weil sie überflüssig ist.

Durch diese Wirtschaftsreform verschwindet der für den kapitalistischen Betrug typische Gegensatz von Arbeitgebern und Gewerkschaften. In den *Gesellschaften von öffentlichem Interesse* gibt es keine herkömmlichen Arbeitgeber mehr, obwohl dem unternehmerischen Impetus keine Grenzen gesetzt sind, und ebenso keine herkömmlichen Arbeitnehmer mehr, weil ja alle Mitarbeiter zugleich Eigentümer sind und insofern denselben Status haben.

Auf diese Weise wird das marktwirtschaftliche Prinzip nicht angetastet, im Gegenteil, es kann überhaupt erst jetzt in fairer Weise gelebt werden, weil es bei dem neu geordneten Geldwesen nicht durch Machenschaften des Kapitals verfälscht wird. Doch ist damit allein noch nicht ein Markt sichergestellt, der wirklich den Interessen der Konsumenten dient. Dazu bedarf es der Konsumentenverbände.

Verbraucherverbände

Die Wirtschaft soll dem einzigen Zweck dienen, die Bedürfnisse und Ansprüche der Konsumenten soweit als möglich zufriedenzustellen. Deshalb muss der gemeinsame Grundfehler des Zwillingspaars Kommunismus und Kapitalismus, die Wirtschaft ganz von der Produktion her zu organisieren, durch das *Diktat der Konsumenten*, die sich in riesigen Verbänden zusammenschließen, ersetzt werden. Diese Verbände diktieren der Wirtschaft, was, in welcher Qualität und zu welchem Preis sie zu produzieren hat, und müssen mit Hilfe der Banken die Kreditvergabe an die Unternehmen entsprechend beeinflussen. Die Produktion hat nicht selbst zu bestimmen, was produziert werden soll. Das ist die Aufgabe der organisierten Konsumentenschaft, und darin besteht *das demokratische Prinzip der Wirtschaft*. Die Produktion kann nicht demokratisiert werden, weil dort nur die Qualifikation zählt, wodurch sich automatisch eine Funktionshierarchie (nicht Besitzhierarchie!) der Mitarbeiter ergibt. Diese Hierarchie schadet aber überhaupt nicht, solange sie dem demokratischen Prinzip des Konsumierens dient.

Die überflüssig gewordenen *Gewerkschaften* könnten ihre Organisationen zum Aufbau gewaltiger *Konsumentenverbände* zur Verfügung stellen und würden dadurch eine neue historische Aufgabe erhalten. Die Zeit der Arbeitskämpfe wäre dann endgültig vorüber, denn das heute wackelnde soziale Sicherungssystem könnte auf Dauer finanziert werden, wenn ihm eine nach fairen Regeln arbeitende dynamische Wirtschaft ohne Ausbeutung zu Grunde läge.

Bodenrecht

Das heutige Bodenrecht ist außer dem Geldwesen die wichtigste Quelle der Ausbeutung und muss geändert werden. Der Privatbesitz an Grund und Boden wird völlig abgeschafft. Grund und Boden gehören gemeinschaftlich den Bürgerinnen und Bürgern eines Staates, der ein eigenes Ministerium zur Verwaltung von Grund und Boden einrichtet. Das Prinzip ist einfach: Jeder, der Grund und Boden beanspruchen möchte, hat im Rahmen der staatlichen Nutzungspläne Zugang zu Grund und Boden, wenn er bereit ist, dafür eine jährliche Miete zu zahlen. Die Bodenmiete ist eine Steuer, die der Allgemeinheit zugute kommt. Ihre Höhe richtet sich nach der Nachfrage, weshalb sie zum Beispiel im Zentrum von Frankfurt höher als in einem abgelegenen Dorf ist. Die Höhe kann außerdem nach Nutzungsart gestaffelt werden, zum Beispiel in die private, kulturelle, landwirtschaftliche, gewerbliche und industrielle.

An dieser Stelle sei ein sehr verdienstvolles Buch von Yoshito Otani erwähnt¹. Otani behandelt die Thematik der Boden- und Geldfrage im Rahmen einer historischen Darstellung von

¹ Yoshito Otani, Untergang eines Mythos, Neu-Ulm 1981² (Arrow Verlag Gesima Vogel), besonders die Kapitel *Die Bodenfrage und ihre Lösung*, S. 161 ff., und *Die Lösung der Geldproblematik*, S. 242 ff.

Kommunismus und Kapitalismus. Die Lösungen stimmen von der Sache her mit dem überein, was ich hier vertrete. Ich selbst formuliere meinen Vorschlag möglichst nahe an der gegenwärtigen rechtlich-institutionellen Realität unserer Gesellschaft.

Evaluation

Selbst im Rahmen dieser skizzenhaften Betrachtung muss ich hervorheben, dass alle Bereiche staatlicher Institutionen und wirtschaftlicher Organisationen *obligatorisch und permanent* zu einer strengen, unparteiischen Evaluation durch unabhängige (auch internationale) Agenturen per Gesetz zu verpflichten sind. Nur auf diese Weise können Fehlprozesse und Parasitentum (Fitz!) innerhalb des Staates und der Wirtschaft vermieden werden. – Der Gefahr der Institutionalisierung, die darin besteht, dass über kurz oder lang das Anliegen, dem die Institutionen dienen sollen, vom Eigeninteresse der in den Institutionen Tätigen verfälscht und missbraucht wird, dieser großen Gefahr müssen wir unablässig mit kritischer Wachsamkeit begegnen.

Umsetzung

Sollten die Politiker den Mut aufbringen, die hier vorgeschlagenen gesellschaftlichen Reformen durchzusetzen, dann würde das eine rasch wirkende, friedliche Revolution von kaum zu ermessendem Ausmaß bedeuten, eine Revolution, die für mehr als fünfundneunzig Prozent aller Bürger ein großes Glück bedeuten und globale Finanzkrisen für alle Zukunft verhindern würde.

Die kritische Frage, ob die hier skizzenhaft formulierten Vorschläge in Deutschland umgesetzt werden könnten, ist berechtigt. Ist die BRD überhaupt noch ein souveräner Staat? Wäre zum Beispiel eine Neuordnung des Geldwesens als souveräner Akt Deutschlands überhaupt noch möglich? Trotz dieser Zweifel ist der Diskurs über diese Fragen dringend nötig. Und warum sollte nicht die Perspektive ins Auge gefasst werden, die vorgeschlagenen Reformen in der Europäischen Union zu verwirklichen? Die Welt lechzt nach Gerechtigkeit.